

Stand: 20.04.2026 08:02:00

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/2843

"Qualität und Kapazitäten des ÖPNV ausbauen - Planungen zur Einführung eines 365-Euro-Jahrestickets zurückstellen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/2843 vom 03.07.2019
2. Beschluss des Plenums 18/2931 vom 04.07.2019
3. Plenarprotokoll Nr. 23 vom 04.07.2019



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Sebastian Körber, Matthias Fischbach, Julika Sandt, Alexander Muthmann** und **Fraktion (FDP)**

Qualität und Kapazitäten des ÖPNV ausbauen – Planungen zur Einführung eines 365-Euro-Jahrestickets zurückstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Planungen zur Einführung eines 365-Euro-Jahrestickets in jeglicher Ausprägung zurückzustellen, bis die hierfür notwendigen Voraussetzungen geschaffen worden sind.

Ferner wird die Staatsregierung aufgefordert, die Empfehlungen aus der Expertenanhörung zur Evaluierung von Defiziten und Verbesserungsvorschlägen konsequent zu verfolgen.

Insbesondere sind dabei folgende Umsetzungsmöglichkeiten zur Erleichterung der Zugänglichkeiten zum ÖPNV zu prüfen:

- Einführung einer einheitlichen und digitalen Tarifstrategie;
- Erhöhung der Angebotsqualität und Reduzierung verkehrlicher Widerstände;
- Ausweitung vorhandener Verkehrsverbünde;
- Optimierung digitaler Techniken;
- Förderung nachfrageorientierter Verkehre und deren Vernetzung;
- Erweiterung der Wegekostenfreiheit bis zum Ende der ersten Berufs- bzw. Hochschulausbildung.

Begründung:

Während die Staatsregierung zur Steigerung der Attraktivität des ÖPNV ein 365-Euro-Jahresticket in den großen Verkehrsverbänden Bayerns einführen möchte, sprachen sich die Verkehrsexperten am 26.06.2019 bei der Anhörung zur Evaluierung von Defiziten und Verbesserungsvorschlägen einheitlich und vehement gegen dieses Vorhaben in jeglicher Ausprägung aus. Den Experten zufolge spiele der Kostenfaktor bei der Wahl des Fortbewegungsmittels eine untergeordnete Rolle. Determinanten wie Reisezeit, Angebotsqualität und Komfort seien von höherer Gewichtung. Erfahrungen aus vergangenen Preissenkungen zur Attraktivierung von Tarifen, wie es beispielsweise in Tallinn erfolgt ist, zeigen, dass die Senkung der Preise kaum Mengeneffekte erzeugt und dass der Mehrverkehr insbesondere durch eine erhöhte Mobilität verursacht ist. Eine erhebliche Auswirkung auf den Modal Split blieb aus. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Preiselastizität der Kundennachfrage im ÖPNV insgesamt eher gering ist. Allerdings würden sich durch die Einführung eines 365-Euro-Jahrestickets Teile der bisherigen Nutzerfinanzierung zu Lasten der Steuermittel verschieben. Allein den Verkehrsverbänden VGN und MVV entstünde, je nach Ausgestaltung der räumlichen Aus-

dehnung und der Zielgruppe des 365-Euro-Jahrestickets jährlich jeweils ein mittelgroßer zweistelliger Millionenbetrag an Einnahmeausfällen. Die Erlösseite würde damit durch eine politisch gewollte Maßnahme unnötig geschmälert werden, ohne dass dabei im Sinne der Daseinsvorsorge soziale Komponenten berücksichtigt werden. Vor dem Hintergrund der dringend notwendigen Infrastruktur- und Kapazitätsausweitung ist es im Sinne einer nachhaltigen Finanzierung des ÖPNVs schädlich, kurzfristige und viel zu geringe Nachfrageeffekte durch eine konsumtive Förderung zu erkaufen. Daher gilt es, erst die hierfür notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, bis eine etwaige Anpassung der Ticketpreise in Erwägung gezogen werden kann. Denn auch der Einführung des 365-Euro-Jahrestickets in Wien, welches als erfolgreiches Paradebeispiel immer wieder herangezogen wird, gingen umfangreiche Maßnahmen voraus. So hat die Stadt Wien zwei Jahrzehnte die Kapazitäten zunächst ausgebaut, bevor ein 365-Euro-Jahresticket initiiert wurde. Statt mit aller Vehemenz ein Flatrate-Ticket einführen zu wollen, sollten die Vorschläge der Experten konsequent berücksichtigt werden, um den ÖPNV generell zu attraktivieren.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Martin Hagen, Sebastian Körber, Matthias Fischbach, Julika Sandt, Alexander Muthmann** und **Fraktion (FDP)**

Drs. 18/2843

Qualität und Kapazitäten des ÖPNV ausbauen – Planungen zur Einführung eines 365-Euro-Jahrestickets zurückstellen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Dr. Wolfgang Heubisch

VI. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Sebastian Körber

Abg. Inge Aures

Abg. Ulrike Scharf

Abg. Dr. Markus Büchler

Abg. Manfred Eibl

Abg. Franz Bergmüller

Staatsminister Dr. Hans Reichhart

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Matthias Fischbach u. a. und Fraktion (FDP)

Qualität und Kapazitäten des ÖPNV ausbauen - Planungen zur Einführung eines 365-Euro-Jahrestickets zurückstellen (Drs. 18/2843)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Inge Aures, Natascha Kohnen, Florian von Brunn u. a. und Fraktion (SPD)

Gesamtkonzept für einen leistungsstarken ÖPNV zu attraktiven Preisen (Drs. 18/2877)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, Ihre Plätze wieder einzunehmen.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wenn Sie Ihre Gespräche bitte draußen fortsetzen wollen. Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Sebastian Körber von der FDP. Bitte sehr, Herr Kollege.

Sebastian Körber (FDP): Unser Ziel ist: 1 Euro pro Tag für den ÖPNV, egal, wie oft und wie lange man am Tag fährt. – Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! So formulierte es Markus Söder vor der Wahl. Das war eben ein klassisches Wahlversprechen. In einer Schriftlichen Anfrage habe ich für uns Freie Demokraten nach der Umsetzung gefragt, also nach dem zu erwartenden Mehraufkommen an Fahrgästen und den zusätzlichen Kosten für den Freistaat Bayern. – Ich denke, das sind berechnete Fragen, die man sich stellt, wenn man so ein Projekt verwirklichen möchte. Das gilt insbesondere, wenn man das im Herbst dieses Jahres umsetzen möchte.

Im Rahmen der ÖPNV-Anhörung, die bei uns im Ausschuss am 25.06.2019 stattgefunden hat, habe ich die Experten gefragt, was sie von einem 365-Euro-Jahresticket

halten, wenn man das so wie geplant einführt. – Zehn anwesende Experten – zehn Experten, meine Damen und Herren! – hielten das angekündigte Flatrate-Ticket für aktuell nicht sinnvoll und auch nicht nützlich. Dieses Ergebnis sollte eigentlich selbst die Staatsregierung schockieren. Die Kosten, das haben uns die Experten geantwortet, spielen bei der Wahl des Fortbewegungsmittels nicht die ausschlaggebende Rolle. Es gibt viel wichtigere Faktoren wie etwa die Reisezeit, der Komfort oder auch die Angebotsqualität. Allerdings haben die entstehenden Einnahmeverluste, die durch ein 365-Euro-Jahresticket entstehen, großen Einfluss. Es geht dabei um bis zu 1,4 Milliarden Euro, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die fehlen dann in unserem Infrastruktursystem und gehen zulasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Vor dem Hintergrund der dringend notwendigen Ausweitung der Infrastruktur und der Kapazität – jeder von Ihnen kennt die Situation: der Zug ist nicht da, weil er ausfällt, er verspätet sich, oder die Züge sind übertoll – müssen wir die richtigen Rahmenbedingungen schaffen und investieren. Der Einführung des viel zitierten 365-Euro-Tickets in Wien, das immer als Beispiel herangezogen wird, gingen ganz andere Dinge voraus. Jahrelang wurde an den Kapazitäten gearbeitet, Geld wurde investiert, es wurde über die Parkraum-Bewirtschaftung neu nachgedacht, eine U-Bahn-Steuer wurde eingeführt. – Mit solchen Voraussetzungen hat man die Möglichkeit, ein solches Ticket einzuführen.

Wir müssen also erst einmal Geld in die Infrastruktur investieren. Wie das gehen kann, dafür haben uns die Experten tolle Vorschläge gemacht. Diese Vorschläge liegen nun alle auf dem Tisch. Wir Freien Demokraten wollen, dass uns ein Desaster, wie wir es von der CSU bei der Maut erlebt haben, beim ÖPNV erspart bleibt. Das 365-Euro-Ticket soll nicht der nächste aktuelle Murks werden. Markus Söder hatte zum dargestellten Rohrkrepiere Maut am 11.03.2015 in der "WELT" gesagt: Das Ergebnis wird am Ende überzeugen. – Das Maut-Desaster ist hängengeblieben. Lassen sie uns deshalb bitte zuerst Geld in die Infrastruktur investieren, bevor wir über so etwas wie ein 365-

Euro-Ticket nachdenken. Ich empfehle Ihnen die Zustimmung, zumal es nur ein Prüfungsauftrag ist.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Körber. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Inge Aures von der SPD-Fraktion.

Inge Aures (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Den Antrag der FDP, wonach die Planungen zur Einführung des 365-Euro-Tickets zurückgestellt werden sollen, lehnen wir ab. Im Gegenteil, wir wollen Markus Söder, unseren Ministerpräsidenten, der vollmundig versprochen hat, das 365-Euro-Ticket einzuführen, nicht aus der Verantwortung lassen. Die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER haben endlich mit der Unterstützung des ÖPNV angefangen. Da wollen wir sie nicht gleich wieder einbremsen. Außerdem muss klar werden, dass der Staat für dieses Ticket, um das es letzten Endes einmal gehen wird, die Kosten übernehmen muss und dass nicht, so wie es wieder einmal dargestellt wurde, den Kommunen ein Teil aufgelastet wird. Das wollen wir nicht und das werden wir auch nicht mitmachen.

Deshalb haben wir als SPD den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag gestellt. Dieser zielt darauf ab, die Erkenntnisse aus der durchgeführten Expertenanhörung zu berücksichtigen, die wir im Juni gemeinsam mit zehn Experten durchgeführt haben, wie es der Kollege gerade gesagt hat, und die deutlich gezeigt hat, was die Defizite sind und wo die Ansätze sind, was nach vorne positiv zu bearbeiten wäre. Ich denke, dass wir ein Gesamtkonzept für den bayerischen öffentlichen Personennahverkehr brauchen und hier die Staatsregierung gefordert ist, dieses Konzept auszuarbeiten. Die Experten waren da. Das Protokoll wird geschrieben. Dann muss dieses Konzept in unserem Ausschuss vorgestellt werden und danach im ganzen Landtag beraten werden. Es muss also zeitnah vorgelegt werden. Ich denke, dass dort alle wichtigen Punkte angesprochen werden müssen. Da geht es zum einen darum, die Infrastruktur zu stärken – das war eine Grundvoraussetzung: die Stärkung der Verbände, die Erhöhung der Tak-

tung, die Erweiterung der vorhandenen Netze –, und es geht auch darum, dass der Bedarf voll gedeckt werden muss. Am Schluss brauchen wir nutzerfreundliche und attraktive Preise für die Benutzer.

Ich denke, das sind viele Punkte. Deshalb warten wir, bis die Entscheidung auf dem Tisch liegt, fordern aber die Staatsregierung auf, dass sie sich nicht wieder selber aufordern muss, etwas zu machen, sondern jetzt endlich mal in die Gänge kommt.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Aures. – Das Wort hat Frau Kollegin Ulrike Scharf von der CSU-Fraktion.

Ulrike Scharf (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mobilität ist bei uns ein Grundbedürfnis in Stadt und Land und eines unserer ganz großen politischen Themen. Die Ausgestaltung von Mobilität ist aber nicht nur eine technische Frage, sondern sie ist vor allen Dingen auch eine gesellschaftliche Frage. Eine intelligente Verkehrsinfrastruktur ist das Rückgrat für Wohlstand und für Lebensqualität. Nachhaltige Mobilität und Klimaschutz sind die großen Herausforderungen unserer Zeit.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Bayern wächst. Wir haben 13 Millionen Einwohner. Dieses enorme Wachstum der Bevölkerung, aber auch der damit zunehmende Individualverkehr müssen bewältigt werden. Gleichzeitig müssen wir dafür sorgen, unsere Klimaziele einhalten zu können. Die Stärkung der Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs ist deshalb unumgänglich. Wir müssen es schaffen, mehr Menschen in den öffentlichen Personennahverkehr zu bringen. Das führt zu einer Entlastung unserer Straßen. Wir liefern damit einen wichtigen Beitrag zur Luftreinhaltung und zum Klimaschutz. Letztendlich wird dadurch die Lebensqualität in den Städten und im Umland deutlich gesteigert. Bei all diesen Zielen kommt es auf ein gesamtheitliches Konzept an, auf einen gesamtheitlichen Ansatz unter Berücksichtigung dieser unterschiedlichen Kriterien.

Eines ist klar – das wurde auch bei der Expertenanhörung klar: Neben dem Angebotsausbau, neben Qualitätssteigerungen und Vernetzung der Verkehrsträger ist vor allen Dingen die tarifliche Struktur wichtig. Sie muss überdacht werden. Für den Angebotsausbau darf ich für Bayern feststellen, dass große Schwerpunkte gesetzt sind und verfolgt werden. Ich schaue nur die ÖPNV-Zuweisungen an die kommunalen Aufgabenträger an. Sie haben sich seit 2017 fast verdoppelt auf jetzt im Doppelhaushalt 94,3 Millionen Euro pro Jahr. In die gesamte Infrastruktur im ÖPNV werden rund 260 Millionen Euro pro Jahr investiert. Projekte wie der Ausbau der zweiten Stammstrecke in München oder die Erhöhung der Kapazitäten auf unterschiedlichen Strecken in der Metropolregion Nürnberg sind nur beispielhaft einige Maßnahmen, die der Freistaat auf den Weg gebracht hat und die geplant und umgesetzt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, neben und ergänzend zum Angebotsausbau können aber auch tarifliche Angebote die Attraktivität des ÖPNV steigern. Ich glaube, das kann niemand bezweifeln: Wenn der Preis stimmt, dann wird auch der Zugang zum ÖPNV stattfinden. Das gilt vor allen Dingen in Städten, in denen bereits ein gutes Angebot besteht und fortlaufend ausgebaut wird.

Aus diesem Grund soll nun in einem ersten Schritt ein 365-Euro-Jahresticket für unsere Schülerinnen und Schüler und Auszubildenden in den großen Verbänden eingeführt werden. Ich bin überzeugt davon, dass gerade die junge Generation eine hohe Affinität zum ÖPNV hat. Da bedeutet ein günstiger Preis einfach eine Steigerung der Attraktivität.

Die Umsetzung kann natürlich nur in Zusammenarbeit mit den betroffenen Verkehrsverbänden stattfinden. Ich kann Ihnen versichern, dass die Gespräche dazu laufen. Dazu wird sicher unser Minister Stellung nehmen.

Auf lange Sicht ist die Einführung eines 365-Euro-Tickets für alle Fahrgäste erklärtes Ziel. Dazu brauchen wir natürlich die Planung und die Abschätzung der verschiedenen

Modelle. Deshalb ist der Beginn mit einem verbundweiten "Jugendticket Bayern" ein erster wichtiger Schritt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Freistaat Bayern verfolgt die Strategie einer verkehrsübergreifenden Begutachtung des ÖPNV. Genau aus diesem Grund wurde beim ÖPNV-Gipfel am 29. April 2019 mit der Erstellung einer umfassenden ÖPNV-Strategie für Bayern bis 2030 begonnen. Diese Strategie wird vom Zukunftsrat ÖPNV begleitet. Minister Reichhart hat diesen Zukunftsrat einberufen. Eine erste Sitzung hat bereits stattgefunden. Ich kann Ihnen das sagen, weil ich Mitglied in diesem Zukunftsrat sein darf. Natürlich werden die Ergebnisse der Expertenanhörung aus dem Landtag mit in diese Strategie einfließen müssen.

Verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, eine reine Ausweitung des ÖPNV ohne Begutachtung der tariflichen Struktur bringt keinen Mehrwert in der Attraktivitätssteigerung. Wir brauchen ein Gesamtkonzept. Wir müssen über die Mobilität der Zukunft insgesamt sprechen. Deshalb ist die Staatsregierung bei diesen unterschiedlichen Fragestellungen intensiv unterwegs. Ich halte nichts davon, jetzt die Planungen und die Einführung eines 365-Euro-Tickets zurückzustellen, ganz im Gegenteil. Wir müssen uns auf allen Schienen bewegen und lehnen deshalb diesen Antrag ab, genauso wie den Antrag der SPD. Wir halten ihn für überflüssig; denn all das, was Sie genannt haben, ist bereits auf den Weg gebracht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Scharf. – Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Dr. Markus Büchler von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Dr. Markus Büchler (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Kollege Körber, lieber Sebastian, die Maßnahmen, die ihr in eurem Antrag vorschlagt, sind unstrittig. Das Angebot gehört ausgebaut. Auch stimme ich zu, dass der Vergleich mit Wien dahin gehend hinkt, dass Wien über Jahrzehnte mit viel

Geld, mit Milliarden, den ÖPNV, die Öffis, hervorragend ausgebaut hat und dann in der Lage war, zusätzliche Kapazitäten zu befördern und einen günstigen Tarif anzubieten. Das muss auch der Fahrplan für uns sein. Das ist völlig richtig. Ich kann als halber Wiener sehr gut beurteilen und kenne aus Erfahrung, was dort alles gemacht worden ist. Das sind die besten Öffis, die ich kenne. So etwas würde ich mir in Bayern auch wünschen. Das muss unsere Messlatte und unsere Stoßrichtung sein: Kapazität ausbauen, dann aber sehr wohl die Tarife senken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meiner Erinnerung nach und nach dem, was ich der ÖPNV-Anhörung letzte Woche entnommen habe, war die Aussage unserer Expertinnen und Experten aber nicht, dass das 365-Euro-Ticket per se Unsinn ist, sondern sie hatten darauf hingewiesen, dass massive Einnahmeausfälle zu verzeichnen sind und dass deswegen, wenn man das macht, andere Einnahmequellen erschlossen werden müssen. Das Geld muss halt irgendwo herkommen. Das sagen die völlig zu Recht. Das sind Fragen, mit denen wir uns dann beschäftigen müssen. Ich glaube aber, der notwendige Angebotsausbau, der einer Tarifabsenkung vorausgehen muss, ist überhaupt kein Grund dafür, dass wir jetzt die Pläne für das 365-Euro-Ticket beerdigen, zumal die Staatsregierung das sowieso erst in elf Jahren machen will. Ich glaube nicht, dass wir uns jetzt dringend Gedanken machen müssen, ob, wann und wie wir was in elf Jahren tun werden. Wichtig ist, dass wir jetzt gemeinsam den Angebotsausbau beim ÖPNV auf Vordermann bringen und voranbringen, sowohl in unseren Ballungsräumen als auch im ganzen Land.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Dr. Büchler. – Der nächste Redner ist der Kollege Manfred Eibl von den FREIEN WÄHLERN.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Verehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, die noch anwesend sind, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer!

(Allgemeine Heiterkeit)

Für Schüler und Auszubildende soll ab Herbst 2019, spätestens ab 2020 ein 365-Euro-Jahresticket – ich betone – in definierten Verkehrsverbänden eingeführt werden. In den speziell dafür installierten Arbeitsgruppen wird über die konkreten Umsetzungsmaßnahmen intensiv diskutiert und beraten. In enger Abstimmung mit den Verkehrsverbänden, die gewisse Qualitätsvoraussetzungen erfüllen und vorweisen, wird ein schlüssiges Konzept in die Wege geleitet. Allein die Aussage, das Ganze bringe nichts, ist in der Gesamtschau betrachtet viel zu wenig. Wir wollen das Ticket in Verkehrsverbänden, die Qualitätsgrundlagen erfüllen, ermöglichen, und auch schnellstmöglich versuchen, es umzusetzen. Der Freistaat unterstützt die Verkehrsverbände diesbezüglich mit Mitteln in Höhe von zwei Dritteln der anfallenden Kosten.

Zum zweiten Teil des Antrags ist zu sagen: Wir FREIE WÄHLER stehen für nachhaltige Entwicklung. Das Ziel sind nachhaltige Städte und Gemeinden. Die Urbanisierung ist eine der zunehmenden Herausforderungen unserer Zeit. Prognosen gehen davon aus, dass im Jahre 2050 bis zu 75 % der weltweiten Bevölkerung in Städten leben werden. Die Folgen sind überfüllte Städte, teurer Wohnraum und Energie- und Umweltbelastungen als besondere Herausforderungen. Diese Entwicklung wollen wir in Bayern explizit nicht. Wir gehen einen anderen Weg: Es geht um die Stärkung ländlicher Regionen, um die Gleichwertigkeit von Stadt und Land zu fördern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Unser Lösungsansatz ist die Stärkung der Regionen durch eine intelligente Nutzung der verfügbaren Ressourcen. Das ist unser Markenzeichen. Wir wollen ein Gesamtkonzept und eine daraus resultierende Strategie mit neuesten Technologien und Erkenntnissen entwickeln, in die die Vernetzungsmöglichkeiten von öffentlichem Personennahverkehr, Schienenpersonennahverkehr, Individualverkehr und Radverkehr unter Einbeziehung der vorhandenen digitalen Möglichkeiten und wissenschaftlicher Erkenntnisse einfließen. Das ist unser Ziel. Dies soll in einer differenzierten Betrachtung

tungsweise der Regionen im gesamten Freistaat erfolgen. Diesen Antrag haben die Koalitionäre in der Sitzung des Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr am vergangenen Dienstag eingebracht. Er wurde von allen Fraktionen außer der AfD positiv bewertet und ihm wurde zugestimmt.

Unser Ziel ist es, zukunftsweisende, nachhaltige und vor allem finanzierbare Mobilitätskonzepte und Strategien zu entwickeln, die die Vorgaben und Bedürfnisse aller Menschen in Bayern erfüllen. Damit wird dem Antrag der SPD Rechnung getragen. Wir wollen nicht nur den ÖPNV stärken, sondern ein ganzheitliches Mobilitätskonzept mit allen eingebundenen Verkehrsträgern für Bayern entwickeln. Wir lehnen beide Anträge ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Eibl. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ihre Fraktion hat noch sieben Minuten und vierzehn Sekunden Redezeit. Die Uhr wird Ihnen gleich angezeigt.

Franz Bergmüller (AfD): Passt, wie das letzte Mal auch.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Sobald Sie zu reden beginnen, wird Ihnen die Uhr angezeigt.

Franz Bergmüller (AfD): Ach so. Alles klar.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Sie haben das Wort.

Franz Bergmüller (AfD): Sehr verehrte Damen und Herren des Hohen Hauses, sehr geehrter Herr Vizepräsident! Wir beschäftigen uns heute mit einem Antrag zum 365-Euro-Ticket, das vom Ministerpräsidenten Söder als Wahlkampfschlager formuliert

wurde und bei der Anhörung am 25.06. als Rohrkrepiierer geendet hat. – Zuletzt war es der Strabs-Antrag der FREIEN WÄHLER, der als Wahlkampfschlager zum Erfolg geführt hat. – Alle Experten haben sich einheitlich dagegen ausgesprochen. Der Kostenfaktor spielt bei der Wahl des Fortbewegungsmittels nur eine untergeordnete Rolle. Mit dem Ticket fördern Sie das Stadt-Land-Gefälle in finanzieller Art. Wir müssen die Ballungsräume entzerren, um der weiteren Zunahme des Verkehrs in den Städten Einhalt zu gebieten. Wir müssen hier alle Wege einschlagen. Die AfD-Fraktion lehnt den SPD-Antrag ab, weil er die 365-Euro-Bezahlung implementiert. Dem FDP-Antrag werden wir zustimmen.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Das Wort hat nun der Staatsminister Dr. Hans Reichhart.

Staatsminister Dr. Hans Reichhart (Wohnen, Bau und Verkehr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielen Dank für die Debatte. Sie zeigt, wie diffus und divergierend die Meinungen zum ÖPNV sind. Für die Bayerische Staatsregierung sind in Anbetracht aller Aspekte zwei Dinge wichtig: Wir müssen etwas im Takt und im Tarif unternehmen. Diese Anstrengungen müssen wir gemeinsam anpacken. Hier müssen wir gemeinsam etwas auf den Weg bringen. Wir arbeiten bereits sehr intensiv daran und bemühen uns sehr, für alle Zielgruppen Angebote zu erstellen.

Schaut man sich den Antrag der FDP-Fraktion an, so entsteht der Eindruck, als ob der FDP der Tarif egal wäre. Man lehnt den Tarif pauschal ab, ohne ein eigenes Konzept oder eigene Vorstellungen einzubringen. Es geht nicht, den Vorschlag von 365 Euro abzulehnen, ohne einen Gegenvorschlag einzubringen. Man muss sich genau überlegen, was man in dieser Situation tun kann. In der Bevölkerung wird sehr wohl die Diskussion über Tarife geführt. Beim VGN war beispielsweise die potenzielle Tarifierhöhung eines der Megathemen. Das zeigt, dass dies ein entscheidendes Thema ist.

Beispielsweise wurde in München im MVV um die Tarife und die Tarifstrukturen heftig gerungen. Dies zeigt, dass der Tarif selbstverständlich eine große Bedeutung hat. Wir müssen uns deshalb überlegen, wie wir den Tarif aktiv gestalten können. Daher stammt auch die Idee zum 365-Euro-Ticket. Die Idee ist nicht nur gut, sondern auch richtig. Es geht nämlich darum, gerade junge Leute an den ÖPNV heranzuführen. Wenn Sie sich die Mobilitätsstudie anschauen, die wir vor zwei Wochen veröffentlichten durften, gibt es bei den 18- bis 29-Jährigen eine gigantische Affinität zum ÖPNV. Dort gibt es mit die größte Zustimmungsrates zum ÖPNV. Genau diese Zielgruppe müssen wir abholen. Diese Zielgruppe müssen wir für den ÖPNV begeistern, damit sie auch weiterhin den ÖPNV nutzt. Es mag sein, dass einige in dieser Zielgruppe bereits viel Geld verdienen. Doch gibt es auch Schüler, Studenten und Auszubildende, die oftmals knapp bei Kasse sind. Diese jungen Menschen verfügen nicht über unendlich viel Geld. Sie können für den ÖPNV nicht einfach eine Unsumme an Geld ausgeben. Sie überlegen sich ihre Ausgaben sehr, sehr genau. Ich glaube, wenn ich gerade die Auszubildenden abhole, wenn ich sage, es gibt künftig dieses Auszubildendenticket, es gibt das Schülerticket, mit dem man viel machen kann, dann kann ich wirklich junge Leute nachhaltig für den ÖPNV begeistern. Deshalb ist das 365-Euro-Ticket in diesem Bereich richtig und gut. Wir werden es zeitnah umsetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir befinden uns dazu aktiv in Gesprächen. Wir hatten diese Woche ein Gespräch mit den Aufgabenträgern im Großraum München, bei dem auch das 365-Euro-Ticket ein Riesenthema war. Es besteht der große Wunsch und die Bereitschaft, etwas in dieser Richtung zu machen, auch finanziell. Wir führen sehr intensive Gespräche mit allen anderen Verbänden und diskutieren auch über die technische Umsetzung, wie wir es schnellstmöglich einführen können.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren – ich habe es schon gesagt –, der Tarif ist das eine, der Takt ist das andere. Deswegen investieren wir selbstverständlich auch sehr intensiv in den Takt. Mit den flexiblen Bedienformen wurde inzwischen im ländlichen Bereich ein Angebot geschaffen, das wirklich nahegeht, mit dem wir jeden Ein-

wohner erreichen können. Es wird inzwischen von den Landkreisen, den Aufgabenträgern, den Städten sehr intensiv nachgefragt. Man muss wirklich sagen, dass der ÖPNV durch einen attraktiven Tarif und durch ein attraktives Angebot gefördert wird. Wir greifen diese Dinge aktiv auf und werden das auch in Zukunft tun.

Ich gehe jetzt im Stakkatostil noch ein paar andere Dinge durch: Der MVV-Busing wird gemacht, der Alpenbus kommt, am bayernweiten E-Ticketing sind wir dran, wir haben die Busförderung massiv ausgeweitet, die ÖPNV-Zuweisungen auf fast 100 Millionen Euro erhöht. Ich glaube, man kann sagen, dass wir inzwischen einen gut gefüllten Werkzeugkasten haben. Wir werden ihn noch weiter ausbauen. Dazu gehört auch das 365-Euro-Ticket. Es jetzt einzustellen, wäre grob fahrlässig, wäre genau das falsche Zeichen. Wir müssen ein Zeichen für einen attraktiven ÖPNV setzen. Dort wollen wir hin. Das werden wir gemeinsam mit dem Bayerischen Landtag machen. Deshalb bitte ich Sie, den Antrag der FDP abzulehnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es gibt eine Zwischenbemerkung, Herr Staatsminister, des Herrn Kollegen Sebastian Körber von der FDP.

Sebastian Körber (FDP): Herr Minister, vielen Dank für diesen Einblick, was passieren könnte. Die Experten haben uns einhellig und ganz eindeutig gesagt, dass das 365-Euro-Ticket nicht der richtige Schritt ist. Wir haben im Antrag ganz klar formuliert: Die Maßnahmen der Experten sind umzusetzen. Wir müssen vorher investieren, und am Ende können wir uns überlegen, wie wir Tarife gestalten können. Deshalb komme ich zu zwei Fragen.

Sie wollen Schüler heranzuführen. Vielleicht können Sie einmal kurz ausführen, ob es irgendein Tarifgebiet oder irgendeinen Verbund in Bayern gibt, wo es aktuell noch kein Schüler- oder Auszubildendenticket gibt.

Zweite Frage: Bleiben wir mal hier in München. Die zweite Stammstrecke wird hoffentlich irgendwann fertiggestellt. Wie werden Sie denn dann die rund eine Milliarde Euro aufbringen, die wir wahrscheinlich alleine dazu brauchen werden, um dann die erste Stammstrecke zu sanieren? – Dann fehlt uns das Geld, das Sie vorher aus dem System genommen haben. Vielleicht können Sie zu den beiden Fragen kurz etwas sagen.

Staatsminister Dr. Hans Reichhart (Wohnen, Bau und Verkehr): Lieber Herr Kollege Körber, wenn Sie mit offenen Augen durch Bayern fahren, werden Sie feststellen, dass es Auszubildendentickets so gut wie nirgendwo, in den wenigsten Verbänden gibt.

(Unruhe)

Sie haben explizit nach Auszubildendentickets gefragt. Auszubildendentickets gibt es in dieser Art leider nirgendwo. Gerade die berufliche Bildung sollte es auch Ihnen wert sein, dass wir dementsprechend etwas machen. Deswegen wundert mich das etwas.

Was die Finanzierungsfragen anbelangt: Hier vermischen Sie verschiedene Töpfe. Wir haben Investitionsmittel aus den Regionalisierungsmitteln, und wir haben Investitionsmittel aus dem GVFG. Das 365-Euro-Ticket kommt aus einem anderen Haushaltstitel; es muss separat finanziert werden. Wir wollen investieren und gleichzeitig am Tarif etwas machen. Ich glaube, das ist der richtige Weg. Von diesem Weg werden wir uns nicht abbringen lassen, sondern werden ihn konsequent fortsetzen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/2843 – das ist der Antrag der FDP-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die FDP und die AfD. Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen von BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN, SPD, FREIEN WÄHLERN, CSU. Die fraktionslosen Abgeordneten sind im Moment nicht im Plenarsaal. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/2877 – das ist der Antrag der SPD-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD. Gegenstimmen! – Das sind die CSU, die FREIEN WÄHLER und die AfD. Enthaltungen? – Bei Enthaltung der FDP. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Arnold, Dr. Strohmayer, Wild und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Keine Entlassung von Lehrkräften vor den Sommerferien – Dramatischem Lehrermangel an Grund- und Mittelschulen entgegenwirken – Attraktivität des Lehramtes deutlich erhöhen", Drucksache 18/2842, bekannt. Mit Ja haben 48 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 113. Stimmenthaltungen: 9. Damit ist der Dringlichkeitsantrag der SPD abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)